

Stellv. Ratsvorsitzender Voskamp ruft den TOP anhand der Vorlage auf und teilt mit, dass der TOP in der SGA-Sitzung vor der heutigen Samtgemeinderatssitzung zurückgestellt wurde.

Fraktionsvorsitzender Uphoff erklärt, dass sich die CDU-Fraktion in der Stadt Bersenbrück gegen die Errichtung einer Containerwohnanlage für Flüchtlinge hinter der Feuerwehr „Im Alten Dorfe“ ausspricht. Dabei geht es aber weniger um die Frage der Qualität des Gebäudes, ob Containerwohnanlage, Klinkerbau oder Holzrahmenbau, sondern um den vorgesehenen Standort, den die CDU-Fraktion für problematisch hält. In dem dort bereits vorhandenen Obdachlosengebäude sind bereits Flüchtlinge untergebracht. Weiterhin werden in dem Wohnhaus Welp hinter dem Friedhof weitere Wohnungen für Flüchtlinge angemietet. Insgesamt führt dies dazu, dass an diesem isoliert liegenden Standort in Bersenbrück 40 – 50 Flüchtlinge außerhalb des Stadtgebietes ohne einheimische Nachbarschaft wohnen. Dieses führt nach Ansicht der CDU-Fraktion zu Integrationsproblemen. Es sollte das Ziel sein, Flüchtlinge verteilt über das Stadtgebiet in Wohnungen mit normaler einheimischer Nachbarschaft unterzubringen. Dies ist für eine gelungene Integration unbedingt notwendig. Nach Auffassung von Ratsherrn Uphoff soll die Stadt Bersenbrück nicht denselben Fehler machen wie vor 20 Jahren, als die Spätaussiedler nach Bersenbrück kamen. Diese wohnten zum Teil sehr geballt in Wohnanlagen am Rande der Stadt. Dies führte zu erheblichen Integrationsproblemen.

Fraktionsvorsitzender Uphoff appelliert an die Verwaltung, den bisher eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Wohnungen stehen im Moment noch zur Verfügung und er geht davon aus, dass in Zukunft noch weiterer vermietbarer Wohnraum an die Samtgemeindeverwaltung herangetragen wird. Er weist darauf hin, dass außerhalb des Baugebietes „Woltruper Wiesen“ in diesem Jahr in Bersenbrück ca. 50 Mietwohnungen durch die Baugenossenschaft und private Investoren entstehen werden.

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier stellt fest, dass die Samtgemeinde froh darüber sein könne, dass im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen Flüchtlinge noch dezentral untergebracht werden. Er möchte es aber nicht soweit kommen lassen, dass Flüchtlinge zentral in Zeltstädten, Containeranlagen und Turnhallen aufgenommen werden müssen. Im Land Niedersachsen kommen derzeit durch die Grenzschießungen auf dem Balkan nur sehr wenige Flüchtlinge an. Er möchte die Einrichtung einer Wohnanlage in der Straße „Im Alten Dorfe“ errichten, für den Fall, dass die Zahl der Flüchtlinge wieder zunimmt. Nach Gesprächen mit dem Leiter des Polizeikommissariats Bersenbrück, Kriminalrat Voges, und dem leitenden Polizeidirektor der Polizeiinspektion Osnabrück, Herrn Maßmann, ist die Flüchtlingskriminalität völlig unauffällig. Er könne die Verweigerungshaltung bei der Bereitstellung von Wohnungen nicht nachvollziehen. Er appelliert an alle Mitgliedsgemeinden, sich solidarisch zu zeigen. Die Samtgemeinde habe die gesetzliche Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen. Ziel sollte es weiterhin sein, Flüchtlinge dezentral unterzubringen.

Ratsherr Klütsch teilt mit, dass die Stadt Bersenbrück sich intensiv dafür einsetzt, dass Flüchtlinge dezentral untergebracht werden. Die Stadt Bersenbrück hat innerhalb der Samtgemeinde

Bersenbrück die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Er kritisiert, dass die Stadt Bersenbrück bei der beabsichtigten Einrichtung der Wohnanlage in der Straße „Im Alten Dorfe“ vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Die Stadt Bersenbrück wurde bei den Planungen vorher nicht einbezogen. Bewohner des Florianplatzes sind beunruhigt, dass in dem Umfeld noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden sollen. In diesem Zusammenhang erwähnt Ratsherr Klütsch, dass es vorgestern im Obdachlosenwohnheim zu einem Polizeieinsatz gekommen ist. Ratsherr Klütsch fordert, dass der Stadt Bersenbrück bei der Standortauswahl für die Errichtung einer Wohnanlage ein Mitspracherecht eingeräumt wird.

Anschließend entwickelt sich innerhalb des Samtgemeinderates eine ausgiebige, kontroverse und zum Teil emotional geführte Debatte. Von einigen Ratsmitgliedern wird festgestellt, dass alle Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden sich mit der Samtgemeinde Bersenbrück an einen Tisch setzen sollten, um die Unterbringung von Flüchtlingen zu besprechen. Jede Mitgliedsgemeinde ist verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen. Es wird aber auch festgestellt, dass es weder in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Straßen vom 17.02.2016 noch in der SGA-Sitzung vom 02.03.2016 kritische Äußerungen hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen in Containerwohnanlagen gegeben habe. Ferner bittet Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier darum, dass kriminelle Handlungen nicht in der öffentlichen Ratssitzung diskutiert werden sollten. Hierdurch werden unnötig Ängste in der Bevölkerung geschürt.

Ratsherr Klütsch erklärt, dass die Stadt Bersenbrück bereit sei, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen. Von Seiten der Stadt wird jedoch der Standort „Im Alten Dorfe“ kritisch gesehen. In dem Bereich könnte ein sozialer Brennpunkt geschaffen werden.

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier bemerkt, dass er in einer der letzten Samtgemeinderatssitzungen die Handlungsfreiheit bekommen habe, bei Verschärfung der Flüchtlingssituation Wohnraum zu beschaffen, um schnell reagieren zu können.

Ausschussvorsitzender, Ratsherr Wübbolding, weist darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Straßen sich die Diskussion über die Errichtung einer Containerwohnanlage vor dem Hintergrund ergab, dass ein stärkerer Strom von Flüchtlingen erwartet wurde und der Druck für die Samtgemeindeverwaltung zugenommen habe. Mittlerweile habe sich die Flüchtlingssituation durch die Schließung der Balkanroute entschärft. Bei der Diskussion im Bauausschuss sei man davon ausgegangen, dass die Unterbringung in Containerwohnanlagen greift, wenn es keine anderen Möglichkeiten der Unterbringung von Flüchtlingen mehr gibt.

Nach weiterer Aussprache beantragt Ratsherr Menke das Ende der Diskussion.

Stellv. Ratsvorsitzender Voskamp teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung des Samtgemeindeausschusses zurückgestellt wird.